

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Einführung	1
§ 1 Aufgabenstellung	1
§ 2 Gang der Darstellung	8
Erster Teil: Rechtshistorische Grundlagen aktionenrechtlichen Denkens	11
§ 3 Streitgegenstand und <i>actio</i> im römischen Formularprozess	11
§ 4 Das nachklassische Verfahren	18
§ 5 Die Bedeutung der <i>actio</i> im gemeinen Recht	21
Zweiter Teil: Die Entwicklung seit Inkrafttreten der CPO	35
§ 6 Der Einfluss <i>Windscheids</i> und die Vorgaben der CPO von 1877	35
§ 7 Materielle Streitgegenstandstheorien	40
§ 8 Die Entwicklung eines prozessualen Streitgegenstandsverständnisses	42
§ 9 Prozessuale Streitgegenstandslehren	51
§ 10 Reformierte materielle Ansätze	65
§ 11 Relativität des Streitgegenstands	85
§ 12 Der Streitgegenstandsbegriff in der Judikatur	94
§ 13 Der Sachverhalt als allein streitgegenstandsbestimmender Faktor ...	99
Dritter Teil: Der Streitgegenstandsbegriff in den Mitgliedstaaten der EuGVVO und die Kernpunktlehre des EuGH	115
§ 14 Das Streitgegenstandsverständnis in den nationalen Rechten	115
§ 15 Anspruchsidentität im Rahmen von Art. 27 EuGVVO	123
§ 16 Rezeption der Kernpunkttheorie durch die nationalen Prozessrechte – ein Weg zurück zu Savigny?	172

Vierter Teil: Grundlagen des eigenen Verständnisses	197
§ 17 Generalia	197
§ 18 Streitgegenstand und Funktionszusammenhänge	206
§ 19 Der Zusammenhang zwischen Prozesszweck und Streitgegenstand ..	238
§ 20 Der Adressat des prozessualen Anspruchs	251
 Fünfter Teil: Der Verfahrensgegenstand	 255
§ 21 Konkrete Berücksichtigung des Prozesszwecks	255
§ 22 Die Bedeutung des Klägerinteresses	265
§ 23 Normatives Gerüst	292
§ 24 Wertungsparallelen	355
§ 25 Die Ermittlung des Klägerinteresses	372
§ 26 Verfahrenskonzentration	441
 Sechster Teil: Objektive Begrenzung des Rechtskraftumfangs – Der Urteilsgegenstand	 477
§ 27 Zur Bedeutung von § 308 ZPO	477
§ 28 Urteilsgegenstand und Klageantrag	489
§ 29 Die Begrenzung des Urteilsgegenstandes durch den (vorgetragenen) Lebenssachverhalt	491
§ 30 Eigene Ansicht: Das Interesse als Ausgangspunkt	505
§ 31 Präjudizialität und erweiterte Rechtskraftbindung	554
§ 32 Rechtskraftpräklusion – insbesondere: Die Präklusion von Gegenrechten	573
 Siebter Teil: Besonderheiten für bestimmte Klagearten	 593
§ 33 Gestaltungsklagen und Feststellungsklagen	593
§ 34 Besonderheiten im Bereich der wettbewerbsrechtlichen Unterlassungsklage	604
 Achter Teil: Abschließende Bewertung der Konzeption des EuGH – Kernpunkttheorie und Rechtsschutzinteresse	 617
§ 35 Die Methodenfrage: Autonome Auslegung von Art. 27 I EuGVVO ..	617
§ 36 Der teleologische Zusammenhang zwischen Art. 27 EuGVVO und Art. 34 Nr. 3 EuGVVO in der Rechtsprechung des EuGH	626
§ 37 Die Auslegung von Art. 34 Nr. 3 EuGVVO im Schrifttum	650
§ 38 Abschließende Stellungnahme zu Art. 34 Nr. 3 EuGVVO	670

§ 39 Folgerungen für Art. 27 EuGVVO und Art. 28 EuGVVO	692
§ 40 Konsequenzen für einzelne Fallgruppen	712
Zusammenfassung der Ergebnisse	741
Erster Teil: Rechtshistorische Grundlagen	741
Zweiter Teil: Die Entwicklung seit Inkrafttreten der CPO	742
Dritter Teil: Der Streitgegenstandsbegriff in den Mitgliedstaaten der EU und die Kernpunktlehre des EuGH	745
Vierter Teil: Grundlagen des eigenen Verständnisses	747
Fünfter Teil: Ergebnisse zum Verfahrensgegenstand	749
Sechster Teil: Ergebnisse zum Urteilsgegenstand	756
Siebter Teil: Besonderheiten für Gestaltungs- und Feststellungs- klagen	759
Achter Teil: Abschließende Bewertung: Kernpunkttheorie und Interesse	759
Literaturverzeichnis	767
Sachregister	809

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Einführung	1
§ 1 Aufgabenstellung	1
§ 2 Gang der Darstellung	8
Erster Teil: Rechtshistorische Grundlagen aktionenrechtlichen Denkens	
§ 3 Streitgegenstand und <i>actio</i> im römischen Formularprozess	11
I. Die Lösung von Konkurrenzen	11
II. Die <i>actio</i> als Streitgegenstand	16
§ 4 Das nachklassische Verfahren	18
I. Generalia	18
II. Die Besonderheiten der Solutionskonkurrenz	19
III. Zwischenergebnis	20
§ 5 Die Bedeutung der <i>actio</i> im gemeinen Recht	21
I. Die Bedeutung des jüngsten Reichsabschieds	21
II. Aktionenrechtliches Denken bei <i>Savigny</i>	23
1. Das subjektive Recht und seine prozessuale Umsetzung bei <i>Savigny</i>	23
2. <i>Savignys</i> Rechtskraftverständnis	27
Zweiter Teil: Die Entwicklung seit Inkrafttreten der CPO	
§ 6 Der Einfluss <i>Windscheids</i> und die Vorgaben der CPO von 1877	35
§ 7 Materieellrechtliche Streitgegenstandstheorien	40
§ 8 Die Entwicklung eines prozessualen Streitgegenstandsverständnisses	42

I. Abstraktes publizistisches Klagerecht	42
II. Konkretes publizistisches Klagerecht: Die Lehre vom Rechtsschutzanspruch	43
III. Die Geburtsstunde des prozessualen Anspruchs: Die Lehre <i>Hellwigs</i>	46
IV. Die Lehre von <i>Lent</i> : Die konkrete Rechtsbehauptung	49
§ 9 Prozessuale Streitgegenstandslehren	51
I. Die Bedeutung des Klageantrags	51
1. Die abstrakte Rechtsbehauptung: Die Auffassung von Nikisch	51
2. Das Klagebegehren	55
II. Zweigliedrig prozessualer Streitgegenstandsbegriff: Die Lehre <i>Habscheids</i>	57
III. Die eingliedrige Lehre <i>Schwabs</i>	60
§ 10 Reformierte materiellrechtliche Ansätze	65
I. Einheitlicher Verfügungsgegenstand	65
II. Anspruchskonkurrenz und Anspruchsnormenkonzurrenz ..	69
III. Streitgegenstand und Rechtsposition	72
IV. „Mischlehren“	76
1. Prozessualer Streitgegenstandsbegriff mit materiellrechtlich geprägtem Lebenssachverhalt	76
a) Das „dreigliedrige Verständnis“ von Böhm	77
b) Abgrenzung nach materiellrechtlichen Tatbeständen	78
2. Die Übertragung des eingliedrigen prozessualen Begriffs ins materielle Recht	82
§ 11 Relativität des Streitgegenstands	85
I. Entwicklung	85
II. Unterscheidung nach Untersuchungs- und Verhandlungsmaxime	90
III. Sachlicher und prozessualer Streitgegenstandsbegriff	92
IV. Vorläufige Bewertung	92
§ 12 Der Streitgegenstandsbegriff in der Judikatur	94
§ 13 Der Sachverhalt als allein streitgegenstandsbestimmender Faktor ...	99
I. Der Lebenssachverhalt im „völkischen Denken“	99
1. Die Vorschläge von de Boor	99
2. Kritische Stimmen	101
3. Bewertung	103

II. Rechtsvergleichende Hinweise	104
1. Der Sachverhalt im angloamerikanischen Recht	104
a) Grundlagen	104
b) Erste Bewertung	109
2. Griechisches Recht: Die Ausrichtung am Rechtsverhältnis	111
 Dritter Teil: Der Streitgegenstandsbegriff in den Mitgliedstaaten der EuGVVO und die Kernpunktlehre des EuGH	 115
§ 14 Das Streitgegenstandsverständnis in den nationalen Rechten	115
I. Überblick	115
II. Insbesondere: Der romanische Rechtskreis	117
III. Zusammenfassung	121
§ 15 Anspruchsidentität im Rahmen von Art. 27 EuGVVO	123
I. Einführung	123
II. Die Kernpunktlehre des EuGH	126
1. Die Entscheidung in der Sache Gubisch/Palumbo: Leistungsklage und voregreifliche Feststellungsklage	 126
a) Prozessgeschichte	126
b) Urteil des EuGH	128
2. Die Entscheidung in der Sache Tatry: Negative Feststellungsklage versus Leistungsklage	 129
a) Prozessgeschichte	129
b) Urteil des EuGH	131
c) Zwischenergebnis	131
3. Die Entscheidung Drouot Assurances SA – Festlegung der subjekten Grenzen der Rechtshängig- keitssperre	 132
a) Die Entscheidung des EuGH	132
b) Vorläufige Bewertung	134
4. Rechtssache Gantner/Basch: Einwendungen des Beklagten	136
a) Entscheidungskontext	136
b) Stellungnahme	138
aa) Aussetzung der Entscheidung über die Aufrechnung	138
bb) Aussetzung des gesamten Zweitverfahrens	141
5. Die Entscheidung des EuGH in der Rechtssache Mærsk ...	144
a) Prozessgeschichte und Stellungnahme des Generalanwalts	144
b) Urteil des EuGH	146
c) Bewertung	147

III. Analyse der Tatbestandsmerkmale	147
1. Derselbe Gegenstand	149
2. Dieselbe Grundlage	152
3. Fazit und Ausblick	156
IV. Bewertung der Kernpunktlehre in der Literatur	158
1. Methodische Aspekte	158
2. Das systematische Verhältnis von Artt. 27 und 28 EuGVVO	159
3. Der teleologische Zusammenhang mit Art. 27 Nr. 3 EuGVÜ/Art. 34 Nr. 3 EuGVVO	160
V. Die Rezeption der Kernpunktlehre in der nationalen Rechtsprechung	162
1. Die Judikatur des BGH	162
a) Negative Feststellungsklage hinsichtlich einer für die spätere Leistungsklage desselben Klägers vorgeflichen Frage	162
b) Negative Feststellungsklage und gegenläufige Leistungsklage hinsichtlich desselben Anspruches	163
c) Negative Feststellungsklage hinsichtlich einer für die gegenläufige Leistungsklage des Beklagten vorgeflichen Frage	165
2. Vorläufige Gesamtbewertung	167
3. Weitere Beispiele aus der obergerichtlichen Judikatur	170
a) Materiellrechtliche Vorprüfung	170
b) Stellungnahme	170
§ 16 Rezeption der Kernpunkttheorie durch die nationalen Prozessrechte – ein Weg zurück zu Savigny?	172
I. Befürworter	173
II. Bedenken gegen eine Übernahme	175
1. Abkoppelung der Rechtshängigkeit vom Streitgegenstand?	175
2. Die Ausrichtung am funktionell abgegrenzten Lebensverhältnis und die Einbeziehung vorgeflicher Verhältnisse	178
3. Widerspruchsgefahr und Prozessökonomie	180
4. Ablösung der Rechtshängigkeit von der Rechtskraft	183
5. Parallelregelungen für Ehesachen	185
6. § 323 ZPO	187
7. Gerichtsstand des Sachzusammenhangs und Streitgegenstand	189
8. Fazit und vorläufige Stellungnahme	192

Vierter Teil: Grundlagen des eigenen Verständnisses	197
§ 17 Generalia	197
I. Streitgegenstand und Normzweck	197
II. Ausgleich zwischen Kläger- und Beklagteninteressen	199
III. Das Einheitsdogma	199
IV. Die dynamische Entwicklung des Prozesses	201
V. Materiellrechtliche oder prozessrechtliche Lösung	202
VI. Verfahrenskonzentration	203
§ 18 Streitgegenstand und Funktionszusammenhänge	206
I. Das Verhältnis von Rechtshängigkeit und Rechtskraft	206
1. Historische Dimension	206
2. Die Litiscontestation als Vorwirkung der <i>exceptio rei iudicatae</i>	208
3. Der Zusammenhang zwischen Rechtshängigkeit und Rechtskraft	210
a) Rechtskrafterweiternde Funktion der Kompensation, § 322 II ZPO	210
b) Allgemeine Kohärenz	211
aa) Rechtshängigkeit als Vorwirkung der Rechtskraft	211
bb) Bedenken gegen das Dogma der Vorwirkung	213
4. Ausländische Entscheidung und Vorwirkung	216
5. Funktionen der Rechtshängigkeitssperre	217
a) Öffentliches und privates Interesse	217
b) Geordnete Rechtspflege	219
c) Verhinderung von Urteilskollisionen	219
aa) Einführung	219
bb) Vergleich zur EuGVVO	220
d) Schutz des Beklagten	224
6. Folgenvergleich: Präklusionsumfang und rechtliches Gehör	225
7. Zusammenfassung	228
II. Klageänderung und Rechtskraft	229
III. Rechtshängigkeit und Klageänderung	231
IV. Rechtshängigkeit und Aussetzung des Verfahrens	232
§ 19 Der Zusammenhang zwischen Prozesszweck und Streitgegenstand	238
I. Bedeutung des Prozesszwecks	238
1. Schutz subjektiver Rechte	239
2. Bewährung der Rechtsordnung	241

3. Rechtsfrieden als Prozesszweck	243
4. Prozesszweck in anderen Verfahrensordnungen	247
II. Zusammenfassung	250
§ 20 Der Adressat des prozessualen Anspruchs	251
Fünfter Teil: Der Verfahrensgegenstand	255
§ 21 Konkrete Berücksichtigung des Prozesszwecks	255
I. Der Inhalt des subjektiven Rechts	256
II. Der Einfluss Windscheids auf die CPO von 1877	261
§ 22 Die Bedeutung des Klägerinteresses	265
I. Erste begriffliche Grundlegungen	265
II. Klägerinteresse und Erfüllungskonnexität	267
III. Klageantrag und Klägerdisposition	271
1. Begrenzung durch den Klageantrag	271
2. Zur teleologischen Ausrichtung von § 308 ZPO im Speziellen	273
a) Beschränkung der richterlichen Spruchgewalt	273
b) Die Bedeutung des Antrags als Prozessgerüst	275
c) Funktionszusammenhang mit § 264 Nr. 3 ZPO	276
d) Notwendiger Korrekturbedarf	277
aa) Unterschiedliche Anträge bei gleichem Interesse	277
bb) Teilidentische Anträge und Rechtshängigkeitssperre	278
cc) Qualitative Teilidentität	279
3. Fazit	280
IV. Abgrenzung zu verwandten Standpunkten	281
1. Die Standpunkte von Rimmelspacher und Henckel	281
2. Die Ansicht von Bub	283
3. Die Ansicht von Wernecke	284
4. Materielle Sinnzusammenhänge: Die Lehre Zeuners	286
5. Anspruchskonkurrenz bei Rechtsfolgendivergenz	287
V. Zusammenfassung: Bedeutung für das laufende Verfahren ...	289
§ 23 Normatives Gerüst	292
I. Zur Bedeutung von § 264 ZPO	292
1. Das allgemeine Klageänderungsverbot und § 264 ZPO	292
2. Der Begriff „Interesse“ in § 264 Nr. 3 ZPO	295
3. Ausweitung von § 264 Nr. 3 ZPO durch die Rechtsprechung	297

4. Zum normativen Charakter von § 264 Nr. 2, 3 ZPO: Gesetzlich zulässige Klageänderung, Fiktion oder deklaratorische Vorschrift	300
5. Klageänderung und Änderung des Streitgegenstands	303
6. Zur Konvergenz von Rechtshängigkeit und Klageänderung	306
a) Globalrechtshängigkeit und Prozessökonomie bei der Teilklage ..	306
b) Folgerungen	310
7. Änderung des Klagegrundes	312
8. Exkurs: Das Verhältnis von Klageänderung und Klagerücknahme mit Blick auf § 264 ZPO	315
9. Die Verfolgung des Klägerinteresses in zweiter Instanz ...	317
a) Zulässigkeit der Berufung	317
b) Auslegung von § 533 ZPO	321
c) Einzelfälle	322
10. Zusammenfassung	324
II. Die Komplementärvorschrift des § 213 BGB	324
1. Grundlagen	324
a) Streitgegenstand und Umfang der Verjährungshemmung	324
b) Die gesetzlichen Erweiterungen in §§ 477 III, 639 BGB a.F.	327
2. BGH: Verjährungsspezifischer Streitgegenstand?	328
3. Die Vorarbeiten Henckels	334
4. Zur Auslegung von § 213 BGB	335
a) Die Bedeutung des einheitlichen Klägerinteresses	336
b) Die Einfügung des Merkmals „aus demselben Grunde“	338
5. Parallele: Verjährungsunterbrechung kraft Fiktion	342
6. Verjährungshemmung und Rechtssicherheit bei antragsverschiedenen Rechten	344
7. Schuldnerschutz und Präjudizialität	348
8. Verjährungshemmung bei Teilklagen	349
9. Zusammenfassung	351
III. Zwischenergebnis und Bedeutung für das eigene Konzept	352
§ 24 Wertungsparallelen	355
I. Der genetische Zusammenhang von Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	355
1. Die Einheit der Obligation	355
2. Zur Bedeutung von § 893 ZPO	359
3. (Weitere) Wechselwirkungen im Verjährungsrecht	361
II. Parallelen im Rahmen der Streitwertbemessung	362
1. Das Angreiferinteresse	362
2. Anspruchshäufung im Rahmen von § 5 ZPO	363

3. Streitgegenstand und wirtschaftliche Betrachtungsweise ..	365
4. Gebührenstreitwert	366
a) Klage und Widerklage	366
b) Haupt- und Hilfsantrag	368
c) Eigene Stellungnahme	369
III. Exkurs: Das Gläubigerinteresse im Falle von § 422 BGB	370
§ 25 Die Ermittlung des Klägerinteresses	372
I. Interesse und Klageantrag	372
1. Die Individualisierungsfunktion des Klageantrags	372
2. Judikative Anwendungsfälle	374
a) Der Form nach identische Klageanträge	375
b) Unterschiedliche Klageanträge	376
II. Rechtsschutzform und Interesse	378
1. Die Bedeutung der Rechtsschutzform: Der Meinungsstand	378
2. Die Unterscheidung zwischen Rechtsbehauptung und Begehren	380
3. Die Einheitstheorie	384
4. Stellungnahme: Rechtsschutzformunabhängiges Interesse ..	386
III. Die Bedeutung des Klagegrundes bei der Ermittlung des Interesses	391
1. Anhaltspunkte im Gesetz	392
2. Substantiierungs- und Individualisierungslehren	393
3. Die Konturierung des Klagegrundes in der herrschenden Lehre	395
a) Natürliche Betrachtungsweise	395
b) Abgrenzung des Klagegrundes nach materiellen Kriterien	398
4. Die individualisierende Funktion des Tatsachenstoffs	399
IV. Erfüllungskonnexität und materiellrechtliche Vorprüfung ...	404
1. Koordination unterschiedlicher Rechtsfolgen	404
2. Kraft Erfüllungskonnexität verbundene Klagegründe	406
V. Einzelfälle	409
1. Wechselanspruch und Kausalanspruch	409
2. Primär- und Sekundäranspruch	411
3. Schadensersatz und Garantie	413
4. Sachmängelbedingte Rückzahlungsklagen	414
a) Verjährungsrechtliche Dimension	414
b) Streitgegenstand und Verfahrenskonzentration	416
c) Eigenes Verständnis	418
d) Zwischenergebnis	420

5. Einheitliches Schadensereignis und Schadensarten	421
6. Vertragliche Pflichtverletzungen im Schadensersatzprozess	423
7. Einheit des Leistungsobjekts	426
8. Klage aus eigenem und abgetretenem Recht	428
9. Weitere Beispiele aus der Rechtsprechung	429
VI. Zusammenhang mit der richterlichen Aufklärungspflicht	430
1. Generalia	430
2. Antragsbindung und richterliche Aufklärungspflicht	432
3. Die Begrenzung der richterlichen Hinweispflicht auf das Streitinteresse	434
4. Der Begriff der Sachdienlichkeit im Rahmen von § 139 ZPO und § 263 ZPO	438
5. Veränderungen im Tatsachenvortrag	439
§ 26 Verfahrenskonzentration	441
I. Konzentrationslast des Klägers	441
1. Konzentration von Tatsachenkomplexen	441
2. Abweichende, aber interessenidentische Rechtsfolgen	444
3. Teilklagen	445
II. Konzentrationslast aus Sicht des Beklagten	446
1. Widerklagelast des Beklagten	446
a) Historisches	446
b) Geltendes Recht	448
c) Exkurs: Rechtskraftpräklusion und Widerklagelast im US-amerikanischen Recht	449
d) Folgerungen aus dem Interessebegriff für die Widerklagelast	452
III. Insbesondere: Das Verhältnis von Feststellungs- und Leistungsklage	453
1. Positive Feststellungsklage und selbständige Leistungsklage des Klägers	453
a) Grundsatz	453
b) Unbezüfferte Feststellungs- und Teilleistungsklage	455
2. Negative Feststellungsklage und Leistungsklage	456
a) Primäre Leistungsklage	456
b) Feststellungsklage ist zeitlich vorrangig	457
aa) Die Auffassungen nach Inkrafttreten der CPO	457
bb) Die Auffassung der Judikatur: Primat der Leistungsklage	458
cc) Die Kritik der Literatur	460
dd) Vermittelnde Lösung	462
ee) Der Einfluss der Rechtsprechung des EuGH	463
ff) Eigene Auffassung	464

(1) Prozessökonomische Kritik an der Auffassung des BGH	464
(2) Der Aspekt der Rechtssicherheit	466
(3) Rechtsschutzformunabhängiges Interesse	467
(4) Chancengleichheit	469
3. Voreilfliche (präjudizielle) Feststellungsklage und Leistungsklage	469
4. Positive Feststellungsklage und negative Feststellungsklage	474
Sechster Teil: Objektive Begrenzung des Rechtskraftumfangs – Der Urteilsgegenstand	477
§ 27 Zur Bedeutung von § 308 ZPO	477
I. Bindung an Klageantrag und Klagegrund	477
II. Antragsbindung und relative Streitgegenstandslehre	479
III. Die Berücksichtigung des Beklagtenvortrags zwischen Verhandlungs- und Untersuchungsmaxime	480
IV. Die Bedeutung äquipollenten Beklagtenvorbringens	482
V. Rechtsvergleichung	485
§ 28 Urteilsgegenstand und Klageantrag	489
§ 29 Die Begrenzung des Urteilsgegenstandes durch den (vorgetragenen) Lebenssachverhalt	491
I. Die Bedeutung des Tatsachenvortrags nach der zweigliedrigen Lehre	491
II. Die Begrenzung durch den entschiedenen Sachverhalt nach der eingliedrigen Streitgegenstandslehre	494
III. Relative Streitgegenstandslehre: Begrenzung auf den vorgetragenen Sachverhalt	496
IV. Die Bedeutung der Verhandlungsmaxime	500
V. Begrenzung auf den entschiedenen Klagegrund bzw. die geprüften Rechtsnormen	502
§ 30 Eigene Ansicht: Das Interesse als Ausgangspunkt	505
I. Aufgaben der Rechtskraft	505
II. Materielle Einzelfallgerechtigkeit	506
III. Das geltend gemachte Interesse als Grenze des Rechtskraftumfangs	510
IV. Folgerungen für den Einzelfall	513
1. Anspruchskonkurrenz	514
2. Additive Tatbestandskomplexe	516

a) Einzelne Erwerbs- oder Gestaltungsgründe	519
b) Verschiedene Pflichtverletzungen im Schadensersatzprozess	524
c) Klage aus eigenem und abgetretenem Recht	526
d) Sachmängelgewährleistung	528
e) Ansprüche im Alternativverhältnis	530
f) Abgrenzbarkeit des Interesses, insbesondere: Schadensarten	531
g) Einheit des Leistungsobjekts: Beispiel Räumungsklage	532
V. Tatsachenpräklusion, allgemeine Präklusion und „rechtskraftfremde Präklusion“	534
VI. Globaler Streitgegenstand und richterliche Aufklärungspflicht	536
VII. Gleichlauf bei stattgebender und abweisender Entscheidung .	539
VIII. Materiellrechtsfreundliche Auslegung und Rechtskraftumfang	540
1. Konkurrenz possessorischer und petitorischer Ansprüche	542
2. Ansprüche aus Wechsel und Scheck	544
3. Ablehnung einer allgemeinen Beschränkungsbefugnis	546
a) Vertragliche und dingliche Ansprüche	546
b) Erkennbare unterschiedliche rechtliche Ausgestaltung	547
c) Sonderfall: Wettbewerbsrechtliche Unterlassungsklage	548
d) Ermittlung der Beschränkung	548
4. Normative Beschränkungen durch Zuständigkeits- vorschriften	549
§ 31 Präjudizialität und erweiterte Rechtskraftbindung	554
I. Logisch konstruktive Sinnzusammenhänge	554
II. Wirtschaftlicher Wert und identische Rechtsposition	558
III. Rechtskraft und Verwirkung	560
IV. Einzelne Fallgruppen	561
1. <i>Facultas alternativa</i> nach § 249 BGB	561
2. Erfüllungsanspruch und Schadensersatz	565
3. Schadensersatz statt der Leistung und Rücktritt	566
4. Wandelung/Rücktritt und Minderung	567
5. Vertraglicher Unterlassungsanspruch und Schadens- ersatzanspruch	568
6. Teilurteile	569
V. Rechtsvergleichung: Bindung und Präjudizialität in der Rechtsprechung des OGH	570
VI. Zwischenergebnis	572
§ 32 Rechtskraftpräklusion – insbesondere: Die Präklusion von Gegenrechten	573

I. Einführung	573
II. Abgrenzung: Kontradiktorisches Gegenteil und Interesse	574
1. Kontradiktorisches Gegenteil	574
2. Erweiterungen: Kontradiktorisches Interesse	575
3. Fazit	579
III. Rechtskraftpräklusion bei selbständigen Gegenrechten	580
1. Grundsatz	580
2. Saldierungsfälle	581
3. Abgrenzung: Selbständige Rechnungsposten – Restvergütung und Schadensersatz	584
4. Bedenken und eigene Stellungnahme	586
IV. Rechtskraftfremde Präklusion: Abänderung von Unterhaltstiteln nach § 323 ZPO/§ 238 FamFG	588
V. Zusammenfassung und Ausblick	591
Siebter Teil: Besonderheiten für bestimmte Klagearten	593
§ 33 Gestaltungsklagen und Feststellungsklagen	593
I. Streitgegenstand der Gestaltungsklage	594
1. Existenz eines materiellen Gestaltungsklagerechts	594
2. Folgerungen für den Streitgegenstand	596
3. Insbesondere: Häufung von Gestaltungsgründen	598
a) Eherechtliche Gestaltungsklagen (-anträge)	598
b) Aktienrechtliche Anfechtungsklage und Nichtigkeitsklage	599
aa) Rechtsschutzform	599
bb) Klagegrund	600
c) Streitgegenstand bei „rein“ prozessualen Klagen	601
II. Feststellungsklage	602
§ 34 Besonderheiten im Bereich der wettbewerbsrechtlichen Unterlassungsklage	604
I. Klageantrag und Kerntheorie	604
II. Klagegrund und gespaltener Streitgegenstandsbegriff	607
III. Stellungnahme	614

Achter Teil: Abschließende Bewertung der Konzeption des EuGH – Kernpunkttheorie und Rechtsschutzinteresse	617
§ 35 Die Methodenfrage: Autonome Auslegung von Art. 27 I EuGVVO .	617
I. Die Auffassung des EuGH	618
II. Nationale Vorbilder für die Kernpunkttheorie	619
III. Der (fehlende) systematische Zusammenhang mit den objektiven Grenzen der Rechtskraft	622
§ 36 Der teleologische Zusammenhang zwischen Art. 27 EuGVVO und Art. 34 Nr. 3 EuGVVO in der Rechtsprechung des EuGH	626
I. Vorüberlegung	626
II. Die Auslegung von Art. 34 Nr. 3 EuGVVO durch den EuGH	630
III. Grenzen des teleologischen Zusammenhangs	634
IV. Eigene Stellungnahme	639
1. Nachgelagerter autonomer Schutz der Urteilsanerkennung	639
2. Vorbehalte gegen ein weites Rechtskraftkonzept	641
V. De lege ferenda: der Kommissionsvorschlag vom 14.12.2010 ..	645
§ 37 Die Auslegung von Art. 34 Nr. 3 EuGVVO im Schrifttum	650
I. Orientierung an Rechtskraftzusammenhängen	650
1. Die Auffassung von Leipold und Lenenbach	650
2. Bedenken und Folgen für die Auslegung von Art. 27 I EuGVVO	655
II. Meistbegünstigung	656
1. Die Ansicht von Manfred Wolf	656
2. Bedenken	659
III. Ausrichtung an Art. 28 III EuGVVO	661
IV. Wirkungsangleichung	662
V. Materiellrechtlicher Unvereinbarkeitsbegriff	665
VI. Materielle Stimmigkeit im weitesten Sinne	669
§ 38 Abschließende Stellungnahme zu Art. 34 Nr. 3 EuGVVO	670
I. Anerkennungsfeindlicher Anachronismus	670
II. Unterschiede zwischen Art. 34 Nr. 3 und Nr. 4 EuGVVO ...	675
III. Konkrete Auslegung von Art. 34 Nr. 3 EuGVVO	677
1. Rechtskraftkonflikt bei Streitgegenstandsidentität: Die Bedeutung des Interesses	678
2. Rechtskräftig entschiedene Vorfragen	678
3. Präjudizialitätsverhältnisse	680
4. Vorfragenentscheidung ohne Rechtskraftwirkung	684

5. Vorzüge und Nachteile der Ausrichtung an Rechtskraftkonflikten	685
6. Die Bedeutung der Interessenidentität bei Abgrenzungsfragen	687
§ 39 Folgerungen für Art. 27 EuGVVO und Art. 28 EuGVVO	692
I. Ausrichtung von Art. 27 I EuGVVO: Verhinderung unvereinbarer Entscheidungen und Prognoseentscheidung	692
II. Generell erweiterter Umfang der Rechtshängigkeitssperre ...	695
1. Ausrichtung an prozessökonomischen Überlegungen	695
2. Justizgewährungsanspruch und Präjudizialverhältnisse ...	697
III. Umfang der Interessenbefriedigung im Erstprozess: Die Parallele zur Rechtssache Drouot Assurances SA	704
IV. Konnexität nach Art. 28 EuGVVO	708
1. Verhältnis zu Art. 27 I EuGVVO	708
2. Nachteile einer Koordination über Art. 28 EuGVVO	709
§ 40 Konsequenzen für einzelne Fallgruppen	712
I. Das Verhältnis von negativer Feststellungsklage und Leistungsklage	712
1. Grundsatz	712
2. Chancengleichheit und Feststellungsinteresse	714
3. Torpedoklagen bei Immaterialgüterrechten	717
4. Torpedoklagen und überlange Verfahrensdauer	719
5. Einstweiliger Rechtsschutz	729
6. Sonderfall: Parallelverfahren im Rahmen von Art. 31 CMR	730
II. Anspruchskonkurrenz und Kernpunkttheorie	733
III. Teilklagen bei Gerichten verschiedener Mitgliedstaaten	734
IV. Wechselseitige Schadensersatzklagen bei einheitlicher Sachverhaltsgrundlage	735
V. Materiell konträre Klagen vor verschiedenen Gerichten	736
Zusammenfassung der Ergebnisse	741
Erster Teil: Rechtshistorische Grundlagen	741
Zweiter Teil: Die Entwicklung seit Inkrafttreten der CPO	742
Dritter Teil: Der Streitgegenstandsbegriff in den Mitgliedstaaten der EU und die Kernpunktlehre des EuGH	745

Vierter Teil: Grundlagen des eigenen Verständnisses	747
Fünfter Teil: Ergebnisse zum Verfahrensgegenstand	749
Sechster Teil: Ergebnisse zum Urteilsgegenstand	756
Siebter Teil: Besonderheiten für Gestaltungs- und Feststellungs- klagen	759
Achter Teil: Abschließende Bewertung: Kernpunkttheorie und Interesse	759
Literaturverzeichnis	767
Sachregister	809